



WARE WOHNUNG

Berlin braucht kommunalen Wohnungsbau.
(Seiten 4/5)



DAS THÄLMANN-DENKMAL VERKOMMT

DKP bietet Hilfe.
(Seite 7)



Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 1/2021



Foto: 2020 Ernst Wilhelm Gruetzel / i-medabase.eu

Vor neuen Kämpfen

Nur der Druck von der Straße kann ernsthaft etwas bewegen

Von Johannes Tor

In einer angespannten innenpolitischen Situation stehen in der Bundesrepublik 2021 sechs Landtagswahlen und eine Bundestagswahl an. Auf der Bundesebene mehren sich die Anzeichen dafür, dass eine »schwarz-grüne« Regierung vorbereitet wird. Bislang profitiert vor allem die CDU politisch von der Coronakrise; sie hat offensichtlich viele Wähler, die entweder zu den Grünen oder zur AfD abgewandert waren, wieder an sich ziehen können. Die Krise der SPD hat sich dagegen vertieft; nach aktuellen Umfragen muss sie damit rechnen, dass sie mit ihrem »Kanzlerkandidaten« Olaf Scholz ihr historisch schlechtes Ergebnis von 2017 – 20,5 Prozent der Stimmen – noch einmal um einige Prozentpunkte unterbietet. Ob es der SPD-Führung dann noch einmal wie 2017/18 gelingt, die Partei gegen den Willen vieler Mitglieder in eine Koalition mit CDU und CSU zu zwingen, ist durchaus offen. Sollte der Versuch gemacht werden, ist eine Desintegration der SPD, die sich aktuell eine »linke« Parteilitze leistet, aber mit einem rechten Spitzenkandidaten in die Bundestagswahl geht, nicht ausgeschlossen.

Auch in Berlin steht 2021 eine Neuwahl des Abgeordnetenhauses bevor. Der Ausgang scheint offener zu sein als auf der Bundesebene. Die SPD geht mit der angeschlagenen Bundesfamilienministerin Franziska Giffey als Spitzenkandidatin ins Rennen. Michael Müller arbeitet

an seinem Abgang in den Bundestag; mit ihm könnte auch das »rot-rot-grüne« Modell aus der Landespolitik verschwinden. Äußerungen von Giffey deuten darauf hin, dass sie, wenn sie denn die Wahl haben sollte, auf eine andere Regierungsmehrheit setzt. Möglich ist freilich auch, dass sie sich darüber gar nicht erst den Kopf zerbrechen muss: In aktuellen Umfragen liegt die CDU vorn, SPD und Grüne teilen sich Platz zwei.

Die zahlreichen Wahlkämpfe und die nicht bewältigte Coronakrise werden 2021 für eine erhebliche Verdichtung der politischen Debatte sorgen. Die DKP ist allerdings keine Partei, die nur dann in Erscheinung tritt, wenn gerade eine Wahl ansteht. Sie beteiligt sich in der Hauptstadt insbesondere auch an den Kämpfen gegen den »Mietenwahnsinn«, die in den vergangenen Jahren erheblich an Schwung gewonnen hatten, bevor ihnen von der maßgeblich von der Linkspartei betriebenen »Mietendeckel«-Initiative des Senats spürbar Wind aus den Segeln genommen wurde. Dass der »Mietendeckel« an dem durch das private Wohnungseigentum hergestellten Machtgefälle zwischen Vermietern und Mietern absolut nichts geändert hat, zeigte sich kurz vor Weihnachten: Da wurde gemeldet, dass sich binnen vier Wochen nur rund 900 Berliner Mieterinnen und Mieter wegen überhöhter Mieten an die Senatsverwaltung für Wohnen gewandt haben. Mit dem Inkrafttreten der zweiten Phase des »Mietendeckel«-Gesetzes am 23. November

müssen Vermieter Bestandsmieten unter die jeweilige gesetzliche Vorgabe absenken. Die geringe Zahl an Beschwerden wertete Sebastian Scheel, Senator für Stadtentwicklung und Wohnen und Mitglied der Partei Die Linke, erstaunlicherweise als Beleg dafür, dass sich die Mehrzahl der Vermieter »rechtskonform« verhalte und die Mieten eigeninitiativ absenke. Das dürfte tausende Berliner Mieter, die bislang vergeblich auf eine Mietsenkung warten, auf die sie nach der Gesetzeslage eigentlich Anspruch haben, ziemlich überraschen. Und auch jene Menschen, die derzeit in Berlin nach einer Mietwohnung suchen, aber wegen der künstlichen Angebotsverknappung durch die Vermieterseite keine finden, werden derlei Kundgaben verwundert zur Kenntnis nehmen.

Und die nächste Lektion über die »Gesetzes-treue« und Menschenfreundlichkeit der Eigentümerklasse dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Über den »Mietendeckel« wird auf Antrag von CDU und FDP nämlich schon bald das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Der Mieterverein hat vorsorglich geraten, eventuelle Ersparnisse bis zu einem Urteil beiseite zu legen. Sollte das Gericht das Gesetz kippen, werden die Vermieter nämlich an das Geld wollen. Sollte es so kommen, ist die Linkspartei einmal mehr blamiert. Aber immerhin dürften dann ein paar Menschen mehr für die Einsicht gewonnen sein, dass nur Druck von der Straße überhaupt etwas bewegt und dass verlassen ist, wer sich auf sozialdemokratische Reformpolitik verlässt.

Berlin macht auf solidarisch

Das Grundeinkommen, ob es »bedingungslos« oder »solidarisch« genannt wird, hat Freunde unter entschiedenen Kapitalismuskritikern wie auch unter ausgewiesenen Kapitalisten und ist inzwischen Objekt staatlicher Experimente. Die Sache ist, soll das heißen, längst mainstreamtauglich geworden, wenn sie das nicht von Anfang an war. »Gute Arbeit für Arbeitslose und ein Mehrwert für die Stadtgesellschaft«, das versprach der Berliner Senat für sein im August 2019 begonnenes »Pilotprojekt »Solidarisches Grundeinkommen««. Das war vollmundig angesichts einer doch eher kümmerlich anmutenden Zahl von 1.000 erwerbslosen Berlinerinnen und Berliner, die damit eine »dauerhafte Alternative zum Arbeitslosengeld II« erhalten und – mehr noch – »den Zusammenhalt in unserer Stadt stärken« sollten. Ende November 2020 wurde dann gemeldet: »Ziel erreicht«. Da lag die Zahl der Erwerbslosen in Berlin laut offiziellen Angaben bei 202.312.

Mit so einem Grundeinkommen wird dem Kapitalismus einerseits ein Armutszeugnis ausgestellt, denn der vermag ganz offensichtlich nicht, alle in Lohn und Brot zu stellen, und andererseits das Einverständnis mit seinem Betriebsablauf erklärt. Was der Berliner Senat hier ganz schamlos zum »solidarischen Grundeinkommen« (SGE) verklärt, ist staatliche Lohnsubvention und funktioniert nach den gleichen Prinzipien wie der Kombilohn. Denn der Fiskus fördert jeden dieser 1.000 Arbeitsplätze über einen Zeitraum von fünf Jahren. »Gelingt« danach keine »reguläre, nicht geförderte Beschäftigung (...), dann gewährleistet das Land Berlin die Weiterbeschäftigung«. Wenn nun aber der »Arbeitgeber« so großzügig ist, den ehemals »Langzeitarbeitslosen« weiter unter Vertrag zu halten, dann darf er sich für diesen Gnadenakt beim Senat eine Prämie von 2.500 Euro abholen.

So funktioniert das Zusammenspiel von Staat und Kapital. Dieses heuert und feuert nach Belieben, jener beschenkt es dafür auch noch und simuliert gleichzeitig Sozialfürsorge. Denn keine Angst: »Wenn Sie sich gegen eine Beschäftigung im SGE entscheiden, müssen Sie keine Sanktionen befürchten.« (jr)

ANZEIGE

50 Jahre UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen – Woche für Woche.



6 Wochen kostenlos testen! Digital & Print

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915

Kommentar

Kommunisten wählen!



Von **Stefan Natke**,
Vorsitzender der DKP Berlin

In einer Zeit, in der die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein einziges Thema gerichtet ist, gerät anderes beinahe vollständig in den Hintergrund, das zu nennen und zu skandalisieren wäre. Die Bundesregierung hat mal eben einen Rüstungshaushalt in Rekordhöhe verabschiedet. 46 Milliarden Euro sollen im nächsten Jahr für Kriegsgerät und Soldatendruck ausgegeben werden. Hier wird Geld zum Zwecke weltweiten Totschießens in riesenhaften Umfang ausgegeben, an anderer Stelle wird gespart, bis es quietscht.

Noch geringer scheint die Wahrnehmung bei bestimmten Handlungen des »rot-rot-grünen« Senats in Berlin zu sein. Da wird mal eben die Teilprivatisierung der S-Bahn in die Wege geleitet und kaum einer merkt auf. Und auch die Privatisierung von Berliner Schulgebäuden geht derzeit ohne größeren Widerstand voran.

Unvermeidliche Maßnahmen zur Eindämmung von Covid19 haben den für die herrschende Klasse nicht unerwünschten Nebeneffekt, Dinge von erheblicher Tragweite weitgehend widerstandslos abschließen zu können. Wir können uns dagegen engagieren, etwa in Initiativen gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, gegen die Privatisierung der S-Bahn und des Schulbaus. Aber selbst der Wahlkampf bietet die Möglichkeit, Widerstand zu organisieren. Im September werden der Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Auch die DKP tritt an. Sie will den Interessen der werktätigen Menschen Gehör verschaffen, etwa in der Mietpolitik. Die Spitzenkandidatin der Berliner SPD, Franziska Giffey, hat kürzlich verkündet, sie wolle den Mietendeckel um keinen Preis verlängern. Wir von der DKP sagen hingegen: Er muss mindestens weitere fünf Jahre gelten. Und das reicht noch nicht. Wir brauchen einen umfassenden kommunalen Wohnbau, wenn das Problem der Wohnungsnot und der überbezahlten Mieten endlich gelöst werden soll.

Um mit diesen Standpunkten in die Wahlen gehen zu können, benötigen wir allerdings Hilfe. Als kleine Partei muss die DKP für die Landesliste mindestens 2.000 Unterstützerunterschriften einreichen. Wenn eine klare Stimme für die Interessen der »kleinen Leute« bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen wählbar sein soll, dann leisten Sie bitte ihre Unterschrift auf dem beiliegenden Formblatt, damit es im September heißen kann: Meine Stimme den Kommunisten!

Ein Gespräch mit **Carl Waßmuth** (Gemeingut in BürgerInnenhand)

»Eine staatlich errichtete Briefkastenfirma«

Die Zerschlagung der S-Bahn muss verhindert werden. Doch über eine »Landesanstalt Schienenfahrzeuge« werden stattdessen Steuergelder an die Finanzwirtschaft gezahlt

Ende November hat der Berliner Senat die Gründung einer landeseigenen Schienenfahrzeuggesellschaft beschlossen und verkauft das als einen Schritt zu mehr Unabhängigkeit von den Bahnbetreibern. Was ist dran an der Verlautbarung?

Zwar ist die »Landesanstalt Schienenfahrzeuge« eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) wie etwa auch die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), sie soll aber keinesfalls wie die BVG arbeiten, das zeigt der Entwurf für das Errichtungsgesetz. Die Fahrzeuge und die zugehörigen Werkstätten übernimmt sie nur formell. Sie verpflichtet sich nicht einmal, Einsatzfähigkeit und Fahrzeugverfügbarkeit der Wagen zu garantieren. Wagen und Werkstätten werden vielmehr im Zuge einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) Dritten überlassen – für die komplette Lebensdauer der Wagen von 30 Jahren. Diese neue Landesanstalt ist de facto eine staatlich errichtete Briefkastenfirma, die einzig dazu dient, ein gigantisches ÖPP-Projekt umzusetzen. Solche ÖPPs sind enorm teuer, liefern schlechte Leistungen und behindern durch ihre starren Verträge jegliche Weiterentwicklung. Ich nenne das Planwirtschaft zugunsten von Kapitalanlegern.

Privatisierungen von Institutionen der öffentlichen Daseins-

vorsorge oder Öffentlich-Private Partnerschaften kosten das Land in der Regel viel Geld, rufen Widerstand bei den Betroffenen hervor und am Ende kommt meist Schrott dabei heraus. Warum hält der Senat an den Ausschreibungen der zwei Teilnetze der Berliner S-Bahn fest?

Offenbar konnten sich die Vertreter aus der Finanzwirtschaft Zugang zur Berliner Landesregierung verschaffen. Die Bürgerinnen und Bürgern haben keinerlei Nutzen, nur Schaden und große Risiken. Genauso ist es mit dem Klimaschutz – die S-Bahn ist ein enorm leistungsfähiges Verkehrsnetz, das bei gutem Ausbau dabei helfen könnte, dass viele das schädliche Auto dauerhaft stehen lassen. Die Ausschreibung gefährdet eine solche Entwicklung.

Was würde eine Zerschlagung des S-Bahnnetzes für die Beschäftigten bedeuten?

Wer heute in einer DB-Werkstatt oder als Lokführer arbeitet, hat dann keine dauerhaft sichere Perspektive mehr. Dazu kommt: Die bestehende Tarifbindung gilt nicht für die neuen Bieter, alle in den letzten Jahren von den Beschäftigten erkämpften Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werden perdu sein. Und natürlich führt Privatisierung zu Arbeitsverdichtung: Die Ausbeutung nimmt zu und macht die Leute krank.

Wie schätzen Sie die Positionen und Aktivitäten der EVG in Bezug auf die Zerschlagung der S-Bahn ein?

Wenn es ernst wird, knicken die ein. Wir haben das dreimal erfahren, beim Bahn-Börsengang, bei der S-Bahn-Ausschreibung 2012 und jetzt bei der Ausschreibung 2020. Es ist wie beim Freistoß im Fußball: Man braucht keine Leute, die in der Mauer stehen, um dann wegzuspringen, damit durch die Lücke das Tor geschossen werden kann.

Bei dem letzten Vergabeverfahren des S-Bahn-Rings 2013 blieb am Ende die Deutsche Bahn als einzige Bewerberin übrig. Könnte das diesmal nicht wieder der Fall sein?

Die grüne Senatorin Regine Günther hat alles in ihrer Macht stehende getan, um das zu verhindern. Dazu werden eigens Doppelstrukturen und Schnittstellen errichtet – die Zerschlagung des Betriebs in drei Teile, mit eigenen neuen Werkstätten, zusätzlichen Ausfahrten, Brücken und Nachtabstellanlagen. Auch die Wagen werden in zwei unterschiedlichen Gesellschaften kommen. Das alles werden wir bezahlen, selbst wenn die DB am Ende doch den Zuschlag erhält.

Ist ein Verbleib der S-Bahn-Strecken bei der Deutschen Bahn besser?

Die DB wurde formell privatisiert, sie verweigert sich seither der demokratischen Steuerung und Kontrolle. Im Aufsichtsrat sitzen Hedge-Fonds-Manager, Topleute aus der Luftfahrt und aus der Autoindustrie. Die haben völlig andere Interessen als die Begrenzung der Erderwärmung. Daher muss die S-Bahn Berlin den Berlinerinnen und Berlinern zurückgegeben werden. Das kann durchaus durch Druck von außen erreicht werden. Als der damalige Vorstandsvorsitzende Hartmut Mehdorn 2005 vorhatte, die DB-Konzernzentrale von Berlin nach Hamburg zu verlegen, wurde Klaus Wowereit fuchtig – und die Konzernzentrale blieb in Berlin. Jetzt müssen wir auf Michael Müller politischen Druck ausüben.

Was muss als nächstes getan werden?

Die S-Bahn Berlin muss zurück unter demokratische Kontrolle, durch Rückkauf oder Enteignung. Dazu muss zuerst die Ausschreibung aufgehoben werden. Und zwar vor der Wahl! Wer weiß, was wir dann für eine Regierung bekommen. Im AöR-Errichtungsgesetz muss der Passus gestrichen werden, der aus der neuen Landesanstalt eine Verwaltungsstelle für die Privatisierung der S-Bahn macht und eine eigene Tätigkeit verbieten würde.

Aus der Redaktion

Berlin, im Januar 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

der politische Jahresauftakt der Sozialisten und Kommunisten in diesem Land kann aus bekannten Gründen nicht in der gewohnten Weise stattfinden. Das ist bedauerlich, sollte uns aber nicht daran hindern, die gesellschaftlichen Kämpfe, die in diesem Jahr anstehen, im Blick zu behalten. Gleichwohl erscheint an diesem LLL-Weekend die neue Nummer des Berliner Anstoß, mit dem die DKP-Berlin allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten ein gutes und kämpferisches neues Jahr wünscht.

Seit einem Jahr nun erscheint der Berliner Anstoß in neuer Gestaltung, in größerem Format und erhöhter Auflage. Als wir Ende Januar 2020 die erste Ausgabe unter den veränderten Bedingungen veröffentlichten, war nicht sicher, wie lange wir würden weitermachen können. Doch das Konzept ist bisher aufgegangen. Vor einem Jahr schrieben wir an dieser Stelle: »Den Berliner Anstoß wollen wir viermal im Jahr in hoher Auflage und mit hochwertigen Inhalten zur Verfügung stellen. Ob wir uns das auf Dauer leisten können, ist vor allem eine finanzielle Frage. Und die hängt davon ab, ob wir ausreichend Unterstützung erhalten.« Wir hoffen, dass wir unseren Anspruch bisher einlösen konnten.

Das Maß an Unterstützung hat jedenfalls Mut gemacht. Dennoch möchten wir daran erinnern, dass Sie diese Zeitung gratis erhalten, reiche Sponsoren gibt es allerdings nicht. Wir finanzieren die Herausgabe ausschließlich über Anzeigen und Spenden. Damit wir diese Zeitung weiterhin als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir weiterhin auf Ihre Spende angewiesen!

Das Kollektiv des Berliner Anstoß

• **Einen Spendencoupon und weitere Informationen finden Sie auf der letzten Seite**

Impressum

Der **Berliner Anstoß** erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:

DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH; Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32 / Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Januar 2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 17. April 2021

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:

Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37 - **Verwendungszweck:** Anstoß



Macht gefällt alles mit

Der Umgang mit der Corona-Pandemie dient vor allem der Sicherung des Status Quo der Klassengesellschaft

Foto: 2020 Ernst Wilhelm Grueter / r-mediaservice.eu

Von Susanne Knütter

Wenn die herrschende Klasse an den Zusammenhalt appelliert, sich für die bisher gezeigte Solidarität bedankt und um weitere Unterstützung bittet, dann geht's dabei in erster Linie um die Zustimmung zum Istzustand. Berlins regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat es in seiner Neujahrsansprache gesagt: »Ich bitte Sie ganz dringend: Unterstützen Sie uns weiter auf unserem Weg.« Dieser Weg besteht wesentlich in der Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft, in der die Profite von Unternehmern, Vermietern, Kreditinstituten – kurz der Eigentümer – auf Kosten der Lohnabhängigen gesichert sind. Auch in Corona-Zeiten. Alles andere ist Heuchelei. Der Umgang mit der Pandemie zeigt das einmal mehr.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat die Investitionsbank Berlin im Auftrag der Landesregierung elf Wirtschaftsförderungsprogramme aufgelegt, wobei Soloselbständige und gemeinnützige Vereine erst seit September »Überbrückungshilfen« beantragen können. Das Kurzarbeitergeld wurde von Firmen dankend angenommen, die Arbeitsplatzvernichtung ging unterdessen weiter. Im Laufe des Jahres hat die Erwerbslosenrate mit 202.312 Berlinerinnen und Berlinern (im

November) die Zehn-Prozent-Marke überschritten. Weitere Stellenstreichungen stehen in Berlin beispielsweise bei Siemens und Daimler an.

Die Hilfen für Beschäftigte waren dagegen eher symbolischer Natur. Während Angestellte in der Privatwirtschaft und bei freien Trägern (etwa von sozialen Einrichtungen) Boni – wenn überhaupt – nur nach Gutdünken des Managements erhalten haben, bekamen zunächst etwa 25.000 ausgewählte Landesbeschäftigte eine Corona-Prämie von bis zu 1.000 Euro. Die Pflegeprämie, die von der Bundesregierung im Sommer beschlossen worden war und von der Berliner Landesregierung um 18,5 Millionen Euro aufgestockt wurde, kommt laut der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft nur ausgewählten Pflegekräften zugute.

Noch wichtiger als kurzfristige finanzielle Anreize wären eine langfristige Entlastung und Wertschätzung der Beschäftigten. Für letzteres kämpfen die Service-Beschäftigten der Charité Facility Management GmbH seit etwa zwölf Jahren. Eine Angleichung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) wurde 2016 im Koalitionsvertrag festgeschrieben, 2017 hat Michael Müller die Rückführung des 2006 ausgegliederten Betriebs in die Charité bis zum Ende dieser Legislaturperiode angekündigt. Aber bislang warten die mehr als 2.500 Kollegen auf

eine existenzsichernde Bezahlung nach dem TVöD. Nach Kündigungen von Betriebsratsmitgliedern und weiteren Ausgründungen von CFM-Tätigkeiten eskalierte der Konflikt in diesem Jahr erneut. Die Kollegen, die unter anderem für die Reinigung und den Krankentransport bei Charité und Vivantes zuständig sind, setzten ihren zu Beginn der Corona-Pandemie ausgesetzten Streik fort. Die Pandemie hat zwar die Systemrelevanz dieser Berufsgruppen vor Augen geführt. Aber gleiche Bezahlung, die jener der Charité-Beschäftigten entspricht, bedeutet das noch lange nicht. Statt dessen wird nun versucht, per Schlichtung einen Kompromiss zu finden. Dazu haben sich beide Seiten vor Weihnachten auf sechs Termine unter Moderation des ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) verständigt.

Nach ungefähr einem Jahr im Umgang mit Corona ist eine Traurigkeit gewiss: Es gibt eine Übersterblichkeit im Zusammenhang mit Covid 19. Wenngleich für Berlin nicht genügend Daten vorhanden sind, konnte sie für von der Pandemie besonders betroffene Gebiete in Deutschland, wie z. B. Sachsen, festgestellt werden. Und – das ist bereits eine Erkenntnis aus dem Frühjahr – die überwiegende Mehrheit sind alte Menschen und Bewohner von Pflegeheimen. Bis Mitte Dezember hatte sich mehr als jeder zweite

Covid-19-Tote in Berlin in einem Pflegeheim angesteckt, wie der *Tagespiegel* am 17.12. berichtete. Erst dann erließ der Senat Verordnungen, die das Personal zu zweitägigen Schnelltests und Besucher von Senioreneinrichtungen zu tagesaktuellen Negativergebnissen verpflichteten. Dabei spielte offenbar keine Rolle, dass Tests in Testzentren kostenpflichtig sind, Schnelltests in der Apotheke in erster Linie an medizinisches Personal ausgegeben werden, es nur zwölf mobile Testteams für 300 Pflegeeinrichtungen in Berlin gibt und das Heimpersonal keine Kapazitäten hat, weder materiell noch personell, Tests an Besuchern durchzuführen. Hinzu kommt, dass die Schnelltests häufig falsche Ergebnisse liefern. Die Verwundbarsten müssen somit bislang im Wesentlichen als Grund dafür herhalten, um Beschränkungen im Alltag im Rahmen der bundesweit verhängten Lockdowns durchzusetzen. Ernsthaft geschützt wurden sie nicht.

Der nun zur Verfügung gestellte Impfstoff lässt bei dem einen oder anderen die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität vor Corona aufkeimen. Die ist – wohlgemerkt – auch nur eine kapitalistische und bedeutet nicht mehr als: Lohnarbeit mit oder ohne Home-Office bei gesicherter Kinderbetreuung, Shoppen ohne Maske, Betteln in einer vollen Fußgängerzone, weiter steigende Mieten und noch miesere Tarifschlüsse.

Gemeinsam statt alleinsam!

Jetzt abonnieren oder verschenken!

Drei Monate junge Welt für 62 Euro (stat. 126,80 €)

jungewelt.de/aktionsabo
Ahotalefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82

MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR

JETZT ABONNIEREN!

Melodie & Rhythmus

4 Ausgaben/Jahr
26,90 €

Jetzt bestellen unter
melodieundrhythmus.com/abo

ANZEIGEN

rotes-berlin.de/shop

Leeren der Revolution Basis-Spiel | 15 € Erweiterung „Dong Fang Hong“ | 5 €

Marcel Kunzmann: Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China Buch, 126 Seiten | 9,90 €

Xi Jinping Werke Hardcover | je 24 €

Vermummungstasche „Wuhan“ verschiedene Motive | 9 €

Hammer & Sichel Geschenkpapier DIN A2 | 1 €

„Good News from Cuba/China“ T-Shirts | 15 € Hoodie | 25 €

Jetzt wieder XS-XXXL!

Unsere Wohnungen - unser Bedarf!



Gemeinfrei

In Friedrichshain-Kreuzberg ist die Verdrängung alteingesessener Mieterinnen und Mieter an allen Ecken spürbar. Wer nicht genug Geld hat, um Luxusanierungen zu zahlen oder Eigentum zu kaufen, muss gehen. An dieser Entwicklung ändert auch der Mietendeckel nichts.

Gründe für Widerstand und Abwehrkämpfe gibt es täglich: Der Buchladen Kisch & Co, der Späti oder Bäcker an der Ecke, die vor dem Rauswurf stehen, Kneipen und Jugendzentren, die dicht gemacht wurden, Zwangsrummungen wie die der Liebig 34, die mit martialischer Polizeigewalt durchgesetzt werden, und die Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen durch Airbnb – all das geht mit »links« bzw. »rot-rot-grün«. Und dann sind da noch Brennings & Co.

Der CDU-Politiker und Rechtsanwalt Ernst Brenning steht beispielhaft für besonders freche Entmietung. In einer seiner 30 Immobilien, die er allein in Berlin besitzt, in der Reichenbergerstraße 73 in Kreuzberg, hat er mindestens sechsmal versucht, Mieterinnen und Mieter auf die Straße zu setzen, weil seine Angehörigen angeblich dringend Wohnraum brauchten. Zum Teil konnte er die Eigenbedarfskündigungen durch Zermürbung der Mieter oder Zwangsrummung durchsetzen. Aber am Ende hat er die Rechnung ohne die Mieter gemacht, die auf ihren Eigenbedarf bestanden und sich vor Gericht zumindest teilweise durchsetzen konnten. Unterstützung bekamen sie von Nachbarinnen und Nachbarn und der AG »Eigenbedarf kennt keine Kündigung« (E3K). Das zeigt: Sich zusammenschließen, zu Solidarisieren und gemeinsam zu kämpfen lohnt sich!

Private Vermieter besitzen inzwischen über 40 Prozent des Mietwohnungsbestandes in der Hauptstadt und haben ihre Profite mit der Miete in den letzten Jahren vervierfacht. Sie alle können Mieter mit Eigenbedarf bedrohen und die nicht so zahlungskräftige Klientel auf die Straße setzen. Bundesweit kommt es Jahr für Jahr zu 60.000 bis 80.000 Eigenbedarfskündigungen. Der Berliner Mieterverein und der Deutsche Mieterbund gehen davon aus, dass der Großteil der Vermieter, die sich auf Eigenbedarf berufen, Missbrauch betreibt. Eigenbedarfskündigungen gehören inzwischen zu den am häufigsten verhandelten Mietrechtsprozessen. Die meisten werden von den Vermietern gewonnen. Aber der Fall Brenning zeigt, es geht auch anders. (wr)



Foto von Marcus Lenk von Pexels

Von Christian Sprenger

Sie wolle den Berliner Mietendeckel nach den festgeschriebenen fünf Jahren nicht verlängern. Was die neue SPD-Landesvorsitzenden Franziska Giffey am 8. Dezember da in einer Talkshow des rbb verkündete, kam nicht überraschend. Denn zahlreiche Berliner SPD-Politiker sind seit Jahren als Lobbyisten für private Immobilienkonzerne, Vermieter und Bauwirtschaft tätig. Kommt hinzu, dass Berlins Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel (Die Linke) bereits einen Monat zuvor ausgeschlossen hatte, das Gesetz zu verlängern (Berliner Zeitung, 13.11.2020). Dazu passt die jüngst bekannt gewordene Personalentscheidung der Senatsverwaltung für Finanzen: der ehemalige »Immobilienentwickler« Volker Härtig, ein entschiedener Gegner des Mietendeckels, soll in den Vorstand der Wohnraumversorgung Berlin berufen werden.

Giffey's »Neuausrichtung der Mietpolitik« läuft also auf altbekannte Rezepte aus der neoliberalen Mottenkiste hinaus. Die kapitalistischen Regeln schreiben fest, dass das Wohnungswesen optimalerweise privatisiert und ökonomisch auf maximalen Gewinn ausgerichtet sein müsse. Zudem werden immer reaktionärere Lösungsmöglichkeiten für die Wohnungsfrage diskutiert und umgesetzt: Zwangsrummungen von Wohnungen, deren Mieter nicht mehr bezahlen können – auch in Coronazeiten –, Containerunterkünfte für Wohnungslose, Zeltstädte, Stadtverbote für Unerwünschte, Obdachlosigkeit, die lediglich verwaltet wird.

Mietendeckel drauf und gut?

Die Einführung des Mietendeckels im Juni 2019 hat gezeigt, dass die Politik durchaus Handlungsspielräume besitzt und die Profitmacherei mit Wohnraum beschränken kann. Die damals rasante Talfahrt der Börsenkurse sämtlicher großen Immobilien-AGs offenbarte die Empfindlichkeit der Kapitaleseite gegenüber tatsächlichen Verbesserungen für die Mieter. Dass mitten in der Covid-19-Pandemie nach wie vor Tausende Wohnungen fehlen und vor allem Luxusimmobilien oder Bürogebäude neu gebaut werden, macht klar, dass der Deckel für mindestens weitere fünf Jahre verlängert werden müsste, aber auch, dass dies allein nicht ausreichen wird. Zum Beispiel besitzt Berlin mit seinen mehr als 320.000 Wohnungen der landeseigenen WBGs ein weiteres Instrument zur Beeinflussung des Mietenniveaus. Diese Mieten sinken jedoch nicht, sondern steigen ebenso wie überall in der Stadt. Es wäre daher falsch, den Senat aus der Verantwortung zu nehmen.

Denn ein effektiver Wohnungsneubau ist trotz vollmündiger Phrasen des rot-rot-grünen Senats nicht in Sicht. Wohnungsneubau wird nach Marktlogik praktiziert, nach der ausschließlich Private oder die wie Privatunternehmen funktionierenden öffentlichen Wohnungsgesellschaften neu bauen. Alle Bauarbeiten werden ebenfalls von meist großen Privatunternehmen ausgeführt. Dass in den vergangenen Jahren die Bevölkerungszahl Berlins um fast 400.000 Menschen wuchs, ließ die Kassen der Wohnungswirtschaft klingeln: Die durchschnittlichen Angebotsmieten stiegen von 6,50 Euro auf weit mehr als zehn Euro pro Quadratmeter nettokalt. Um den Zuzug zu kompensieren, hätten in Berlin theoretisch mehr als 220.000 Wohnungen gebaut werden müssen. Es entstanden gerade einmal 80.000 – Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Luxusobjekte inbegriffen. Preisgebundene Mietwohnungen bildeten dabei den geringsten Anteil. Es lief alles im Sinne der Immobilienwirtschaft und Spekulanten – ein knappes Wohnungsangebot erhöht die Profitaussichten.

Senat und Bezirke bringen häufig das Vorkaufsrecht ins Spiel. Grüne, SPD und Linke behaupten, so der Immobilienspekulation die Grundlage entziehen zu wollen. Das Prinzip dabei ist immer das gleiche: Die Wohnungen waren aus ehemals öffentlichem Besitz, in der DDR sogar aus Volkseigentum, seinerzeit für Spottpreise an Private verschleubt worden. Nun versucht jeder, seine Immobilien optimal zu verwerten; auch über den Verkauf, oder die bloße Spekulation. Angesichts des Immobilienpreisbooms – eine Entwicklung, die von den Berliner Landesregierungen zu verantworten ist – wirkt das fatal. Kann sich ein »Investor« sicher sein, dass Senat oder Bezirk rekommunalisieren, liegt es nahe, noch höhere Preise zu verlangen. Meist wird bei solchen Deals über Kaufsummen Stillschweigen vereinbart. Die Immobilienspekulanten jubeln und streichen Milliarden Steuergeld ein, während sich die Verantwortlichen als Wohltäter feiern.

Ende Februar wird auch die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. enteignen!« wieder Schlagzeilen machen, wenn die nächste Unterschriftensammlung für das Volksbegehren startet. Während der letzten Jahre hat die Kampagne sehr erfolgreich die Immobilien-AGs als verantwortliche Akteure der kapitalistischen Wohnungswirtschaft benannt. Es sind Konzerne wie die Deutsche Wohnen oder Vonovia, die ehemalige Wohnungen der Öffentlichen Hand im großen Stil kaufen, um sie möglichst rasch und profitabel zu verwerten. Knallhart werden Mieterschutzgesetze umgangen, um den Mietpreis maximal zu steigern, Modernisierungen zwecks Mietsteigerung durchgedrückt und Instandhaltungen vermieden. Wer nicht zahlen kann soll raus – hier interessieren nur Bilanzen. Warum also die Spekulanten und Profiteure nicht enteignen? Selbst wenn eine Enteignung per Volksbegehren unrealistisch ist, sollte man sie nicht trotzdem versuchen? Es ist zu begrüßen, dass die Eigentums- bzw. Enteignungsfrage ins Spiel gebracht wurde. Doch Skepsis ist angebracht, denn von »Enteignung« kann leider keine Rede sein. Selbst nach den Vorstellungen der Aktivisten würde ein Erfolg der Kampagne etliche Milliarden Steuergeld kosten, die der Senat den Immobilienkonzernen als Entschädigung zahlen müsste. Das wäre keine Enteignung, sondern tatsächlich nur

» Ein effektiver Wohnungsneubau ist trotz vollmündiger Phrasen des rot-rot-grünen Senats nicht in Sicht

ein gesetzlich inszenierter, immens teurer Rückkauf vor allem jener Wohnungen der öffentlichen Hand, die der rot-rote Senat 2004 an die Immobilienhaie verramscht hatte. Das wäre eine Umverteilung von Unten nach Oben. Deutsche Wohnen und andere könnten davon weitere Wohnungen kaufen.

Planwirtschaft statt Marktlogik

Das Geld könnte sinnvoller eingesetzt werden, als es den Spekulanten und Investoren hinerherzuwerfen. Etwa für den Bau hochwertiger Wohnungen, dauerhaft im Besitz der Stadt Berlin, die für Jahrzehnte zu niedrigen Mietpreisen angeboten werden können. Dass es anders geht, zeigen drei Beispiele.

1. Berlin ist berühmt für seine Arbeitersiedlungen aus den 1920er Jahren. Sie bezeugen, dass auch im Kapitalismus preiswerter und guter Wohnraum geschaffen werden kann. Damals wurde per Hauszinssteuer Geld von Banken und Konzernen eingetrieben, und große moderne Wohnsiedlungen konnten von öffentlichen Trägern gebaut werden. Vor allem der Druck der Straße und die starke Arbeiterbewegung sorgten dafür, dass dies auch angesichts knapper öffentlicher Kassen möglich war.

2. In der DDR war das Wohnungswesen staatlich, das Grundrecht auf Wohnen garantierte die Verfassung. Wohnungsbau fand im Interesse der Menschen statt. Es gab das Recht auf Wohnen, billiger Wohnraum war selbstverständlich. Binnen weniger Jahre entstanden ganze Stadtteile wie Marzahn neu. Bis Ende der 1980er Jahre wurden drei Millionen Neubauwohnungen fertiggestellt, die Mietpreise waren niedrig. Dass in Berlin noch Jahrzehnte nach der Vernichtung des Sozialismus ein noch nicht vollends entfesselter Wohnungsmarkt existierte, lag nicht zuletzt an den »Platten«.

3. Auch in Österreich war die Arbeiterbewegung stark. Sie übte Druck auf die Kapitalisten aus und besteuerte sie. Davon baute man massenhaft Arbeiterwohnungen. Dieser Gemeindebau existiert noch heute und sorgt z. B. in der Metropole Wien bis heute für relativ moderate Mieten.

Diese drei Beispiele lassen sich natürlich nicht eins zu eins auf das heutige Berlin übertragen. Aber sie zeigen an, was groß angelegte Kommunale Wohnungsbauprogramme leisten können. Der Neubau sollte nicht den Neoliberalen überlassen werden. Vielmehr ist er der Schlüssel zur Wohnraumversorgung für Alle.

Die Mieten-AG der DKP und die DKP-Friedrichshain-Kreuzberg fordern:



Mindestens fünf weitere Jahre Mietendeckel!

Die Einführung des Mietendeckels hat deutlich gemacht, dass die Politik durchaus Handlungsspielräume besitzt und die Profitmacherei mit Wohnraum beschränken kann. Solange jedoch weiterhin Tausende Wohnung fehlen, die den Wohnungsmarkt entlasten könnten, muss er um mindestens dieselbe Zeitspanne verlängert werden.

Ein breites Wohnungsneubauprogramm – sozial und kommunal!

Der Mietendeckel reicht nicht aus. In den vergangenen Jahren stieg die Bevölkerungszahl Berlins um fast 400.000 Menschen. Angesichts dieser Zahl, wären mehr als 220.000 neue Wohnungen nötig gewesen, gebaut wurden aber gerade einmal 80.000. Das knappe Angebot ließ die Kassen der Wohnungswirtschaft klingeln. Und Wohnungsneubau erfolgt nach Marktlogik, ausschließlich Private oder die wie Privatunternehmen agierenden öffentlichen Wohnungsgesellschaften errichteten neue Häuser. Das muss sich ändern. Ein umfassender sozialer und kommunaler Wohnungsbau ist der Schlüssel zur Wohnraumversorgung für alle.

Die Milliarden für die Mieter anstatt für Deutsche Wohnen & Co.!

Sollte die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« Erfolg haben, lief die »Enteignung« nach jetzigem Stand auf einen enorm teuren Rückkauf der ehemals vom Berliner Senat verramschten landeseigenen Wohnungen hinaus. Die Immobilienunternehmen würden damit ein ziemlich profitables Geschäft machen. Das Geld könnte indessen für den Bau hochwertiger Wohnungen in kommunalem Besitz eingesetzt werden, die für Jahrzehnte zu niedrigen Mietpreisen angeboten würden.

Bedingungsloses Wohnrecht für alle und Bestandschutz für alle Mieterinnen und Mieter! Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, von Eigenbedarfskündigungen und Zwangsrummungen!

Private Vermieter können Mieter mit Eigenbedarf bedrohen, um eine nicht zahlungskräftige Klientel auf die Straße zu setzen. Mietervereine gehen davon aus, dass der Großteil der Vermieter, die sich auf Eigenbedarf berufen, Missbrauch betreibt. Eigenbedarfskündigungen gehören inzwischen zu den am häufigsten verhandelten Mietrechtsprozessen. Die meisten werden von den Vermietern gewonnen. Diese Praxis muss untersagt werden.

ANZEIGEN

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser der KAZ, die aktuelle KAZ-Ausgabe 373 ist unter www.kaz-online.de veröffentlicht und auch als Druckversion verfügbar.

Zusammen mit dem Kapital anpacken oder Zusammen das Kapital anpacken! und weitere Artikel u. a. **Wohnen, Miete, Eigentum**

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.kaz-online.de
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Reichstraße 8
90408 Nürnberg

Erinnerung an Ronald M. Schernikau, der vor fast 30 Jahren starb

Er fehlt



Illustration: Berliner Anstoß

Ronald uns viel hinterlassen. Seine Literatur und sein Wissen um die Möglichkeit, seine Begeisterung für eine andere Welt. Er war vieles in seinem viel zu kurzen Leben. Schriftsteller, Schauspieler, Songschreiber, Philosoph ... Und er war Kommunist.

Ronald wurde am 11. Juli 1960 in Magdeburg geboren und kam 1966 im Kofferraum eines Trabbi in die BRD. »Der Liebe wegen« von seiner Mutter Ellen von Magdeburg nach Lehrte bei Hannover geschmuggelt. Doch Ronalds Vater hatte sich inzwischen eine neue Familie und eine neue Gesinnung zugelegt. Er war stramm rechts.

Schon mit 19 Jahren machte Ronald Furore mit seinem ersten Buch »Die Kleinstadtnovelle«. Eine Erzählung über sein Coming-out. Der Roman war schnell vergriffen, und der Spiegel sah 1980 in Ronald schon einen kommenden deutschen Literaturnobelpreisträger. Die Begeisterung hielt nicht lange an. Ronald war inzwischen der DKP beigetreten. 1980 zog er nach West-Berlin und trat dort der SEW bei, studierte an der FU Philosophie, Germanistik und Psychologie. Und er gründete die Theatergruppe »Ladies Neid«, wo er als viel umjubelte Tuntendiva auftrat.

Mit viel Mühe und der Unterstützung von Peter Hacks gelang ihm, einen Studienplatz am Institut für Literatur in Leipzig zu ergattern. Peter Hacks war es auch, der ihn davon überzeugte, noch 1989 in die DDR überzusiedeln. Ab dem 1. September 1989 war Ronald wieder DDR-Bürger und zog nach Berlin-Hellersdorf. Er arbeitete für den Henschel-Verlag als Hörspiel-Autor. Und schrieb, und schrieb und schrieb ...

Dann kam das Ende der DDR, und viele machten sich Illusionen. Ronald nicht und das sprach er klar und deutlich aus: »Wir hier wissen noch nichts von dem Grad der Unterwerfung, den der Westen uns allen abverlangen wird. Schriftsteller werden sich dann mit dem Thema: »Wie kommt die Scheiße in die Köpfe?« beschäftigen müssen. Die Konterrevolution hat gesiegt.« (Rede vom 1. März 1990 auf dem Kongress des Schriftstellerverbandes der DDR)

Ronald starb am 20. Oktober 1991 mit nur 31 Jahren an den Folgen einer HIV-Infektion. Er ist auf dem St. Georgenfriedhof in der Friedensstraße beerdigt. Seit 2014 erinnert eine Gedenktafel an seinem letzten Wohnort in Hellersdorf, Cecilienstraße 241, an unseren Genossen Ronald M. Schernikau. (ilo)

Von Ulrich Scholz,
Lehrer und Landesdelegierter
der GEW Berlin

Braune Liste

Verdi-Mitglieder lassen sich mithilfe rechter Liste in den Vorstand des Hauptpersonalrats des öffentlichen Dienstes wählen

In rechten Netzwerken organisieren sich Menschen, die meinen, dass Linke und aus ihrer Sicht Andersartige als störende Elemente der Gesellschaft unter Kontrolle gehalten und, falls sie aufmucken, bekämpft werden müssen. Im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) trat man bisher geschlossen gegen rechte Netzwerke auf. Dieser Konsens droht nun zu zerfallen, nachdem bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin (HPR) kein gemeinsamer Wahlvorschlag der DGB-Gewerkschaften zustande kam.

Verdi und eine gemeinsame Liste der Bildungsgewerkschaft GEW, der Gewerkschaft der Polizei und der IG BAU traten gegeneinander an. Verdi bekam die meisten Stimmen, hat im HPR aber keine Mehrheit. Nach den Worten des ver.di-Fachbereichsleiters Benjamin Roscher scheiterten anschließend die Gespräche mit der GEW Berlin über die Zusammensetzung des neuen Vorstands an den Forderungen der Bildungsgewerkschaft. Bei der Vorstandswahl am 11. Dezember 2020 ließen sich Vertreterinnen und Vertreter von ver.di und des Deutschen Beamtenbunds (DBB) dann nicht nur mit den eigenen Stimmen, sondern auch mit denen der »Unabhängigen e.V.« in die Leitung des HPR wählen. Die »Unabhängigen« hatten in ihrem Personalratswahlkampf den Stil von Naziplakaten gegen Linke kopiert, hatten Unterstützung für die Alternative für Deutschland (AfD) gefordert und sich in sozialen Netzwerken stramm rechts positioniert.

Die Arbeit des HPR besteht vor allem darin, Vorgaben des Dienstherrn hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigten zu prüfen und den Vorgesetzten – selten genug – Vereinbarungen im Interesse der Arbeitenden abzurufen. Da diese nie an Sanktionen für die Dienstherrn geknüpft sind, müssen sie bei Verstößen zeitraubend vor Gericht durchgeklagt werden. Momentan scheint der Personalrat sich nicht mal damit zu beschäftigen. Die neue und alte HPR-Vorsitzende, Daniela Ortmann, kündigte am 14. Dezember 2020 an, den öffentlichen Dienst in Berlin »auch im Lockdown für die Berlinerinnen und Berliner weiterhin erreichbar« machen und dessen Digitalisierung

und Modernisierung vorantreiben zu wollen. Sie will also die Aufgaben selbst verrichten, die der Dienstherr sträflich vernachlässigt. Manch ein Gewerkschafter wundert sich: »Vertrauensvolle Zusammenarbeit« mit dem Dienstherrn schreibt das Personalvertretungsgesetz zwar vor, man kann es damit aber auch übertreiben.

Dass der HPR und seine bezirklichen Gliederungen den Beschäftigten trotzdem nicht egal sein dürfen, zeigt die Kündigung Denis Hedelers am 17. Dezember 2020 durch den Bezirksstadtrat Bernd Geschanowski (AfD). Als Arzt mit kubanischen Wurzeln beim Gesundheitsamt Treptow-Köpenick hatte sich Hedeler öffentlich beschwert, bei der Besetzung der Stelle des Amtsarztes übergegangen worden zu sein. »Sie passen hier nicht«, soll Geschanowski den nicht weißen Arzt, der mit einem Mann verheiratet ist, beschieden haben, berichtete das Portal queer.de. Bei der Kündigung hätte der örtliche Personalrat ein Mitspracherecht gehabt, der AfD-Gesundheitsstadtrat hat aber mit der Wahl des Termins dessen Konstituierungsphase nach den Personalratswahlen ausgenutzt. Rechte Netzwerke erlernen die Spielregeln des »Rechtsstaats« und wissen sie inzwischen immer geschickter zu nutzen. Prompt gab der

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) Geschanowski das Placet für den Rauswurf des Arztes.

Zur selben Zeit verwischte die Berliner ver.di-Führung eifrig den Eindruck, man grenze sich von den Rechten nicht ab. Die Landesfunktionäre von ver.di behaupteten, bei der Vorstandswahl auch ohne die »Unabhängigen« die Mehrheit gehabt zu haben und ignorierten dabei, dass im Organisationsbereich der Angestellten eine ver.di-Mehrheit nicht gegeben war. Zudem verhinderte ihre Pressestelle, dass eine Unterschriftensammlung für den Rücktritt des HPR-Vorstands bei »Open Petition« beworben werden darf. Unterschrieben haben dennoch bereits mehr als 600 Personen. Unvergessen ist in der GEW, dass viele ihrer Mitglieder seit den 1970er Jahren von Berufsverboten dieses Rechtsstaats betroffen waren, oft diejenigen, die sich konsequent antifaschistisch engagierten. Natürlich müssen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch mit jenen Angestellten und Arbeitern sprechen, die rechten Positionen zuneigen.

Dies aber von einem klaren antifaschistischen Standpunkt aus. In diesem Sinne ergänzte eine Unterzeichnerin ihre Unterschrift unter der Petition: »Immer gegen rechts«

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Werner Rügemeier
Imperium EU
ArbeitsUnrecht, Krise, Neue Gegenwehr

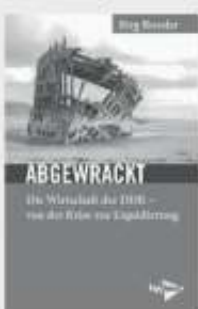
Werner Rügemeier charakterisiert die EU samt ihrer Vorläufer als imperial-kapitalistisches Projekt. Bestimmt wird es auch von Arbeits-Unrecht: organisierte, auch kriminelle Niedriglöhner, kettenartiges Subunternehmertum, auch für Millionen Wanderarbeiter/innen. Doch in vielen Ländern hat das Aufbegehren längst begonnen.

ISBN 978-3-89438-726-6 | 319 Seiten | € 19,90

Jörg Roesler
Abgewrackt
Die Wirtschaft der DDR – von der Krise zur Liquidation

Mit Rückschau in die Geschichte untersucht Jörg Roesler das Ende der DDR und ihrer Wirtschaft von der Krise bis zur Liquidation. Vorgestellt werden aber auch heute fast vergessene Aktionen sozialen Widerstands gegen die Auswirkungen einer von Grund auf verfehlten Politik.

ISBN 978-3-89438-749-5 | 251 Seiten | € 16,90



ANZEIGEN

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.



Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

jungewelt.de/probeabo oder 0 30/53 63 55 84



Bitte beachten: Es kann zu Abweichungen der Gruppenabendtermine kommen. Bei Interesse meldet euch bitte unter: Info@dcp-Berlin.info

DKP - GRUPPENTERMINE

Friedrichshain-Kreuzberg

Termin: Jeder zweite und vierte Dienstag im Monat
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeder erste Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant« Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

Neukölln

Termin: Jeder erste Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeder zweite und vierte Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Cafe »Ess Eins«, Kolonnenstraße 56, 10827 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeder erste Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Wedding

Termin: Jeder zweite und vierte Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff Malplauetstraße 12 13347 Berlin

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeder dritte Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über: dcp-spandau@gmx.de

Schändung akzeptiert

»Die Linke« und das Ernst-Thälmann-Denkmal

Das Ernst-Thälmann-Denkmal an der Greifswalder Straße im Berliner Bezirk Pankow, befindet sich in einem traurigen Zustand. Die Statue, die an den von den Nazis ermordeten KPD-Vorsitzenden, Friedenskämpfer und Antifaschisten Ernst Thälmann erinnert, wird seit dem Anschluss der DDR an die BRD von den verantwortlichen Stellen nicht mehr gepflegt und ist deshalb wiederkehrenden Schmierereien und Schändungen ausgesetzt.

Die DKP-Berlin veröffentlicht zu diesem Misstand einen Brief, den sie am 17. Oktober an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), seinen Stellvertreter und Kultursenator, Klaus Lederer (PdL), sowie an den Bezirksbürgermeister von Pankow, Sören Benn (PdL), geschrieben hat. (siehe linke Seite) Auf den Brief erfolgte bisher von keinem der drei Adressierten eine Antwort. Das Sekretariat von Klaus Lederer ließ ausrichten, dass die Sache in den Zuständigkeitsbereich des Bezirksbürgermeisters von Pankow falle. Das Büro des Bezirksbürgermeisters von Pankow wiederum antwortete, es habe die Angelegenheit an das zuständige Gremium überwiesen. Bis jetzt ist nichts geschehen, obwohl die DKP schon im Oktober ihre Hilfe zur Reinigung angeboten hatte.

Das Denkmal für Ernst Thälmann bleibt besudelt und mit obszönen Schriftzügen versehen. Schwer erträglich, dass zwei hochrangige Politiker einer Partei die sich »Die Linke« nennt, diese öffentliche Schändung des Denkmals achselzuckend in Kauf nehmen.

Merke: Nicht überall wo links drauf steht ist auch links drin!

Die DKP in Berlin hält an ihrem Angebot fest, das Denkmal zu reinigen und zu schützen. (sn).

DKP

Sehr geehrter Herr Dr. Klaus Lederer,

seit Jahren wird das Denkmal für den von den Nazis ermordeten Antifaschisten und Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann in dem nach ihm benannten Park an der Greifswalder Straße von behördlicher Seite weder gepflegt noch geschützt. Das ist auch deshalb bedenklich, weil auch Genossinnen und Genossen in der von Ihnen vertretenen Partei vom Naziregime verfolgt wurden. Dieses Denkmal steht symbolisch für die Würde aller, die von den Faschisten als politische Widersacher und Kriegsgegner brutal aus dem Weg geräumt wurden. Wie Sie sicher wissen, ist Ernst Thälmann auf persönlichen und ausdrücklichen Befehl Adolf Hitlers am 18. August 1944 im KZ-Buchenwald ermordet worden. Seine mahnenden Worte aus dem Reichspräsidentenwahlkampf von 1932 hatten sich da längst in tragischer Weise bewahrheitet: »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg«.

Dass auch die erneute entwürdigende Schändung des Thälmann-Denkmal von den verantwortlichen politischen Instanzen unserer Stadt ignoriert wird und notwendige Reinigungs- und Schutzmaßnahmen nicht ergriffen werden, halten wir für unerträglich. Dies reiht sich ein in die zunehmende Ignoranz gegenüber allen Opfern des Hitlerfaschismus und deren Gedenkstätten.

Da wir aber diesen skandalösen Zustand nicht nur beklagen sondern auch ändern möchten, ergreifen wir die Initiative und unterbreiten Ihnen hiermit folgende Vorschläge:

- Wir organisieren die Grundreinigung des Denkmals mit freiwilligen Helfern.
- Sie stellen uns die dafür notwendigen Reinigungsmittel, Werkzeuge und Reinigungsapparate zur Verfügung.
- Sie sorgen dafür, dass nach der Grundreinigung das Denkmal mit einem Schutzstrich versehen wird, mit dem eine erneute Verschmutzung zumindest erschwert bzw. eine notwendige erneute Reinigung leichter durchgeführt werden kann.

Mit antifaschistischem Gruß,
Stefan Natke
Landesvorsitzender der DKP-Berlin

Foto: Sulamith Sallmann / commons.wikimedia.org/wiki/File:Ernst-Thälmann-Denkmal.jpg / creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de / (CC BY-SA 4.0)

Sehen Sie mal rot...!



Che & Chandler

★ Linke Literatur im Netz ★



24,90 €

Hoodie »Che«
Farbe: rot Motiv schwarz
Schnitt: Herren (Unisex), S - 4XL



17,90 €

T-Shirt: »Schwarze Faust«
Farbe: rot, Motiv: schwarz
Schnitt: Herren (Unisex), S - 4XL

uzshop.de



shop@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788923

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen • Bücher • Broschüren • Tassen
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel • Antiquariat und vieles mehr



Giuseppe Fiori
Das Leben des Antonio Gramsci

Rotbuch
2013
400 Seiten
Gebunden
EAN: 9783867891899

68% Ersparnis
früher 24,99 €
- jetzt 7,99 € (R)



Wladimir Lenin
Lenin, Was tun?

Nikol
2010
240 Seiten
Gebunden
EAN: 9783868200607

57% Ersparnis
früher 6,95 €
- jetzt 2,95 € (R)



Reinhard Opitz
Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945

1994
1072 Seiten
Gebunden
EAN: 9783891441985

43% Ersparnis
früher 35,00 €
- jetzt 19,95 € (R)



Tobias Ginsburg
Die Reise ins Reich - Unter Reichsbürgern

Das Neue Berlin
2019
272 Seiten
Taschenbuch
EAN: 9783360013316

50% Ersparnis
früher 17,99 €
- jetzt 8,95 € (M)



Lea Grundig

Elfteiliger Bildzyklus zum »Manifest der Kommunistischen Partei«
mit dem Text von Karl Marx und Friedrich Engels sowie einer Einleitung von Dietmar Dath und einem Nachwort von Andreas Wessel

Verlag 8. Mai, 128 Seiten, handgebunden mit elf Abbildungen, teilweise fünffarbig gedruckt, 22,90 Euro, ISBN 978-3-931745-41-7

Zu bestellen im junge Welt-Shop unter jungewelt-shop.de

verlag 8.mai

www.che-chandler.de ★ info@che-chandler.de ★ 033087 53902-0

ANZEIGEN

Historische Orte

Foto: gemeinfrei



Foto: gemeinfrei

In Karls Kanzlei Stele in der Chausseestraße

In dunklen Tagen, an denen alles dicht ist, niemand nach kaum irgendwo hin darf, da lässt sich wenigstens noch der eine oder andere Gedenkort unter freiem Himmel aufsuchen, der mal auf politische Siege, meist auf Niederlagen verweist. Zum Beispiel die Stele in der Berliner Chausseestraße 121, die an Karl Liebknecht und den Spartakusbund erinnert. Dort hatte der spätere KPD-Mitbegründer seine Anwaltskanzlei, dort traf er sich mit Genossen am 1. Januar 1916 zur 1. Reichskonferenz der »Gruppe Internationale«, auf der sie die Herausgabe der »Politischen Briefe« mit dem Titel »Spartakus« beschlossen. Das Haus steht nicht mehr, es wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Die DDR errichtete zum Gedenken der Genossen an dieser Stelle die Stele. Nach der Wende war sie jahrzehntelang in einer Holzkiste verborgen. Die Kiste ist weg, der Stein wieder sichtbar, doch umschlossen von einem Ensemble schicker Neubauwohnungen. Wer will, kann trotzdem auf das Gelände. Vorn am Hauseingang gibt es eine zusätzliche Klingel mit der Aufschrift »Denkmal«. Die Klingel ist der Türöffner. Der Stein trägt die Inschrift: »Spartakus, das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats (Karl Liebknecht)«. (jr)



Album



Foto: Tim Erdmann

Disarstar: »Deutscher Oktober«

Klassenbewusste Rapper sind selten, gute noch seltener – zumindest in Deutschland. Eine der großen Ausnahmen ist der Hamburger Disarstar. Der heute 26jährige wuchs auf der Straße auf und so klingt seine Musik: mal rough, mal zart, aber immer mit Wumms. Davor, einer der vielen 08/15-Street-rapper zu werden, bewahrt ihn sein politisches Bewusstsein. Das ist links und antifaschistisch, mehr noch: revolutionär. Kapitalismuskritik übt Disarstar nicht oberlehrhaft, sondern praktisch. »Dein Chef hat 'n Lambo und zahlt dir 8,50, wer ist hier Gangster?« rappt er in »Sick«, auf »Australien« heißt es: »Fühl' mich, als hätt' ich was verpasst / Ihr geht nach Australien, meine Jungs gehen in Knast / Hier wird keiner Astronaut, der Traum geplatzt / In der Nachtschicht bei Burger King / Was für Träume verwirklichen?« – beides sind Vorabsingles des im Frühjahr erscheinenden Albums »Deutscher Oktober«. Sollte man sich merken. (pm)

● **Künstlerseite:**
<http://www.disarstar.de>

Krimi



Im Häuserkampf Denglers 10. Fall

Die schmutzigen Methoden der Immobilienhaie und Investmentfondsstaubsauger, mit denen die Nachbarn aus ihren Kiezen vertrieben werden, kennen wir schon. Auch, dass es Widerstand dagegen gibt, das gebietet allein schon die Vernunft. Wir wissen zudem, dass die Geheimdienste ihre Rolle spielen, Widerstand schwächen, Aktivist*innen gegeneinander ausspielen. Und niemandem dürfte entgangen sei, dass die Rechte im Kontext der Pandemie eine neue Strategie gefunden hat, um Impfgegner, Esoteriker und andere Spinner für die nationale Sache zu gewinnen. Alle diese Momente verschränken sich in »Kreuzberg-Blues« für den Privatmittler Georg Dengler, der im tristen Gegenwarts-Berlin auf der Suche nach der Wahrheit so einige Abenteuer auszustehen hat, zum komplexen Kriminalfall. Wolfgang Schorlau erzählt Denglers zehnten Fall als eine packende und fesselnde Geschichte: gut dokumentiert und zugleich überraschend führt er den Leser in atemberaubendem Tempo auf die Spur gleich mehrerer Täter, die allerdings nicht immer einfach zu finden sind. (cn)

● **Wolfgang Schorlau:**
Kreuzberg Blues: Denglers zehnter Fall, Kiepenheuer und Witsch, Köln 2020, 416 Seiten, 22 Euro

CD



Bundesarchiv, Bild 1E3-W0409-300 / Kolbe, Jörg / CC-BY-SA 3.0

»Darf ich was sagen?« Brecht probt Galilei

Wir müssen das brutalisieren, also: deutlicher machen.« Dem Mann, der da spricht, läuft die Zeit davon. Bertolt Brecht, da schon schwer krank, probt im Winter 1955/56, ein gutes halbes Jahr vor seinem Ableben, mit seinem Ensemble am Berliner Schiffbauerdamm seinen Galilei. Doch von Schwäche keine Spur. Der Regisseur ist höchst präsent, unterbricht, brüllt bisweilen aus Leibeskräften (doch das klingt gar nicht zornig), beginnt seine Einwände oft mit: »Darf ich was sagen?«, bezieht seine Schauspieler in seine Überlegungen ein: »Wie können wir folgendes darstellen?« Die Galilei-Inszenierung in Berlin mit Ernst Busch in der Hauptrolle ist ihm, das ist hörbar, außerordentlich wichtig. Stephan Suschke, Schauspielregisseur am Landestheater Linz, hat aus knapp einhundert Stunden Tonmaterial von den Proben, die Brecht damals hat aufzeichnen lassen, ein gut zweistündiges Hörspiel gemacht. Den Pathos hat er seinem Ensemble austreiben wollen. Zum Beispiel so: Brecht: »Noch berlinerischer! Noch!« Darsteller: »Wenn man ihnen dit erlaubt, zerstören die uns noch den ganzen Sternhimmel!« (ba)

● **Brecht probt Galilei. 1955/56.**
Ein Mann, der keine Zeit mehr hat. Originaltonaufnahmen, ausgewählt und kommentiert von Stephan Suschke, Speak low, 3 CDs, Gesamtlauzeit: 151 Minuten, 25 Euro

Bild-Zyklus



Kunst und Kampf Das Manifest illustriert

Das war bisher noch nicht zu sehen. Die Malerin und Grafikerin Lea Grundig hat vor mehr als 50 Jahren einen elfteiligen Bildzyklus zum Manifest der Kommunistischen Partei angefertigt, der in Vergessenheit geriet, weil er bisher nicht vollständig gezeigt wurde. Ein glücklicher Fund bei einer Geschäftsauflösung brachte 2018 Andrucke einiger dieser Bilder zum Vorschein und damit das große Werk in Erinnerung. Dem Verlag 8. Mai war dies Anlass, das Manifest mit Grundigs Illustrationen neu aufzulegen. Der Text entspricht dem der Marx-Engels-Werke zusätzlich vieler erklärender Anmerkungen. Die Einleitung stammt von Dietmar Dath, Andreas Wessel, der Kurator der *junge Welt*-Kunstedition skizziert das Leben von Lea Grundig, das ohne ihren früh verstorbenen Mann nicht zu denken ist. Der Realismus der Grundigs sowie ihre Kunsttheorie erscheint dabei unmissverständlich: »Unsere künstlerische Arbeit war und ist Teil unseres Kampfes, und der politische Kampf ist Teil unserer künstlerischen Arbeit.« (tp)

● **Lea Grundig:**
Elfteiliger Bild-Zyklus zum Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag 8. Mai, Berlin 2020, 126 Seiten, 22,90 Euro

Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstütze die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

- vierteljährlichen
 halbjährlichen
 jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro
(mindestens 10 Euro.)

Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von

_____ Euro

- Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin
(BIC: BELA2333, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
- **Verwendungszweck: Anstoß**)

- Bitte schickt mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

- Bitte schickt mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
 Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
 Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mitwirken.

Bitte schickt mir von jeder Ausgabe

_____ Exemplare,
die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise:

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin